

# Kund um Boppard

vom 29.01.2016

## Schwimmbad-Präsentation im Stadtrat monte mare stellte ihre Planungen vor

Breite Zustimmung fand die Entwurfsplanung von monte mare zur Schwimmbadsanierung im Stadtrat. Auf seiner Sitzung am vergangenen Montag wurde dem Rat sowie den zahlreichen Zuhörern ein erstes Konzept von drei Vertretern des Schwimmbadexperten aus Rengsdorf vorgestellt. Die Pläne waren jedoch schon nicht mehr ganz auf dem neuesten Stand, die Beschlussvorlage ebenfalls nicht. Denn zwischenzeitlich hatte der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Boppard entschieden, dass nachgebessert werden sollte, da die vorliegende Planung mit 11,5 Millionen Euro netto (ohne Mehrwertsteuer) Investitionssumme über den Vorgaben des Rates von 10 Millionen Euro netto liegt.

Das könne aller Voraussicht nach auch gelingen. Spielräume gebe es bei der Auskleidung der Becken, wobei Kunststoff billiger als Edelstahl sei. Auch sei in den 11,5 Millionen ein Sicherheitspuffer von 600.000 Euro für Unvorhergesehenes enthalten. Die Integration des Nichtschwimmerbeckens im Freibad in das Schwimmerbecken könnte weitere Kosten sparen.

„Was wir machen ist in Neubauqualität einschließlich der neuesten energetischen Vorgaben und eventuellen Sanierungen am Beton des Gebäudes“, so monte mare-Architekt Rainer Quermann.

Die Planung sei bereits im Hauptausschuss auf „Gefallen“ gestoßen. Mit den möglichen Einsparungen sei das Ziel der 10 Millionen Euro Obergrenze zu erreichen, so die Zusammenfassung von Bürgermeister Dr. Walter Bersch.

Der Rat stimmte der geplanten Vorgehensweise schließlich zu. Es gab jedoch drei Gegenstimmen und eine Enthaltung. Zwei

Gegenstimmen kamen aus der CDU von Maximilian Ziegler und Rudolf Bersch. Ziegler überraschte zuvor den Rat mit einer Protokollerklärung, in der er den Rat aufforderte, den Plänen nicht zuzustimmen, da die vorliegende Planung gegen geltendes Recht verstoße. Es sei eine neue Ausschreibung laut Vergabeordnung für freiberufliche Leistung (VOF) notwendig. Er bevorzuge darüber hinaus den Abriss und Neubau anstatt das alte Bad von 1973 zu sanieren. Ziegler stellte dabei die Beton- und Dachstatik in Frage, ob diese z.B. für die zusätzliche Last einer Photovoltaikanlage geeignet sei.

Wenn erst die Sanierung begonnen würde, gebe es kein Zurück mehr, die Kosten könnten ins Unermessliche steigen. Mit einem Neubau hätte Boppard für 30 Jahre eine Lösung. Einschränkungen in der Planung und Gestaltungsfreiheit gebe es nicht.

Niko Neuser (SPD) Ratsmitglied und Mitgründer der Initiative „Boppard braucht sein Freibad“, hielt dem entgegen, dass der Rat nach 15 Jahren Planung nun im September 2015 einen einstimmigen Beschluss zur Bestandssanierung gefasst habe. Sollte jetzt wieder bei Null angefangen werden? Natürlich müssten Kosten und rechtliche Bedingungen im Blick behalten werden, aber es müsse jetzt weiter gehen. Der Bevölkerung müsse gezeigt werden, dass der Rat deren Anliegen ernst nehme. Schließlich hätten ja 5500 Bopparder Wahlberechtigte für die Sanierung des Freibades gestimmt.

Jürgen Schneider (FWG) schloss sich den Ausführungen Neusers ausdrücklich und vollinhaltlich an. Er sei entsetzt. In der letzten Hauptausschusssitzung sei zwar beschlossen worden, der Planungskonzeption nicht zuzustimmen, da erst vertragliche An-

gelegenheiten geklärt werden müssten, aber Boppard brauche nun ein Schwimmbad. Er sei stolz, dass der Rat soweit war, aus 20 nun 10 Millionen Euro gemacht zu haben.

Dr. Jürgen Mohr (BfB) schloss sich Schneiders Ausführungen an, er habe ihm aus der Seele gesprochen. Er könne die Erklärung Zieglers dagegen nicht verstehen. Der Hauptausschuss habe in großer Einigkeit monte mare einen Forderungskatalog vorgelegt, den diese erfüllt hätten. Man müsse nun das machen, worauf man sich geeinigt hätte und nicht immer wieder von vorne anfangen, so Dr. Mohr.

Georg Spross (Grüne) erinnerte daran, alle gesetzlichen Vorschriften einzuhalten. Eine neue Ausschreibung sei notwendig, auch wenn es dadurch länger dauern werde.

Herman Noe (SPD) sieht den Rat nicht in der Aufgabe zu prüfen, ob die Verwaltung die gesetzlichen Vorschriften einhalte. Der Rat habe ja beschlossen, das Schwimmbadprojekt unter Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen. Niemand wolle jetzt wieder zurück auf Start.

Zu dem getroffenen Beschluss gehört, dass vor der endgültigen Beschlussfassung zunächst mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) die weitere Vorgehensweise abgeklärt werden soll. Mit monte mare sollen zuvor vertragliche Angelegenheiten geklärt werden. Dazu gehört auch, wie hoch die verwertbaren Leistungen aus der Altplanung der Römertherme sind. Streitige Forderungen von monte mare sollen aus den aktuellen Verhandlungen herausgenommen werden. Die Investitionssumme soll auf 10 Millionen Euro Netto begrenzt werden.

Ralf Hübner